



Kammer verlangen wird. Man kann noch nicht daran denken, in Dahomey eine Civilverwaltung einzurichten, aber man glaubt, daß Herr Ballot, der sich als guter Administrator erwiesen hat, der zukünftige Gouverneur sein wird.

**Die Wahlen zur spanischen Deputirtenkammer,** welche gestern begannen, nahmen in der Stadt Madrid einen sehr ruhigen Verlauf, dagegen ist der Wahlkampf in den Provinzen ein sehr heftiger gewesen. Es kam in Velez, Provinz Granada, zu Unruhen, wobei eine Person getötet wurde und mehrere Personen, darunter der Bürgermeister, verwundet wurden. Auch in Barcelona werden Unruhen befürchtet.

#### Rußland und Bulgarien.

Der Petersburger „Regierungsbote“ von gestern veröffentlichte, wie aus Petersburg telegraphiert wird, eine amtliche Mittheilung, in welcher es heißt: Die kaiserliche Regierung habe schon mehrmals Gelegenheit genommen, ihre Ansichten über die Umwälzungen in Bulgarien und über die Prinzipien zu äußern, von denen sich die Regierenden in Sofia leiten ließen, seitdem der Prinz Ferdinand zur Macht gelangt sei. Nachdem diese Leiter der Regierung nunmehr beabsichtigten, die Sobranie einzuberufen, um den Artikel 38 der Verfassung von Tarnovo abzuändern und auch der Religion des Landes Eintrag zu thun, könne die kaiserliche Regierung, wenn sie auch an dem Prinzip der Nichtintervention in die inneren Angelegenheiten des Fürstenthums festhalte, nicht stummen Zeuge diesem Versuche gegenüber bleiben, welcher einer energischen Opposition unter der bulgarischen Bevölkerung begegne. Die Mittheilung schließt, wie folgt:

„Die kaiserliche Regierung spricht ihren ausrichtigen Wunsch aus, daß die Stimmen, welche sich unter der Geistlichkeit und den gut gesinnten Bürgern vernehmen lassen, allen Bulgaren ohne Unterschied der Partei als Mahnung dienen und die Gefahr befeitigen werden, welche dem ganzen Volke droht, das im Begriff steht, seine heiligsten hundertjährige Traditionen zu verleugnen. Die kaiserliche Regierung ist überzeugt, daß die beabsichtigte Änderung in dem geistlichen und politischen Leben des Fürstenthums keine günstigen Resultate erzielen und nur traurige Folgen für die Zukunft haben wird, indem sie Zwistigkeiten im Innern und fiesgehende Mischigkeiten in moralischer Beziehung heraufzuführen wird.“

Das alles wird die Bulgaren nicht hindern, ruhig ihren Weg weiter zu gehen.

#### Tunesisch-tripolitanische Grenzregulirung.

Französische, tunesische und türkische Commissäre werden demnächst die Grenze zwischen Tunis und Tripolis zu bestimmen haben. Sie sind bereits nach ihrem Bestimmungsort abgereist. Seit dem französischen Protectorate über Tunis haben sich an der tripolitanischen Grenze Streitigkeiten ergeben. Es handelt sich dabei stets um Fahrwege und Weide land für das Vieh.

#### Die Botschaft Clevelands.

Am Sonnabend, 4. März, hat der neue amerikanische Präsident Grover Cleveland die Regierung übernommen. In der dabei erlassenen Botschaft holt Cleveland die hervorragende Wichtigkeit einer guten und stabilen Münzcirculation hervor. Die Vereinigten Staaten könnten sich trotz ihrer nationalen Kraft und ihrer wirtschaftlichen Hilfsmittel nicht mit den unerbittlichen Gefahren der Finanzen und des Verkehrs in Widerspruch setzen. Er hoffe, die Gesetzgebung werde ein weiser und wirksamer Heilmittel finden. Inzwischen werde die Executive alle in ihrer Macht stehenden Mittel gebrauchen, um den Nationalcredit aufrecht zu erhalten und eine finanzielle Katastrophe zu verhindern. Das Urteil der Wähler sei gegen die Aufrechthaltung des Schuhystems gewesen. Cleveland verurtheilt die populäre Tendenz, von der Thätigkeit der Regierung individuelle, nur einzelnen Interessenten zu Gute kommende Vortheile zu erwarten, und mißbilligt die Prämien-Subventionen und Syndicate (Trusts). Die Tarifreform müsse weise ohne Nachgelüste unternommen werden. Zum Schlusse der Botschaft heißt es: „Unsere Mission ist nicht, Irrtümer zu bestrafen, sondern zu berichtigten. Die Nothwendigkeit, die zur Erhaltung der Regierung erforderlichen Mittel aufzubringen, liefert die einzige Rechtfertigung der vom Volke erhobenen Steuern.“

#### Bon der englisch-afghanischen Grenze.

Wie man aus London meldet, hat die anglo-indische Regierung sich durch die ihr aus Afghanistan zugekommenen Nachrichten veranlaßt gesessen, die Truppen an der Grenze gegen Afghanistan zu verstärken. Die Stimmung am Hofe Abdurrahman Khans ist England gegenüber andauernd unfreundlich. Gerüchtweise verlautet, der Emir, der von seinem Leiden fast vollständig hergestellt sein soll, habe die Mollahs um sich versammelt und sie aufgefordert, den heiligen Krieg zu predigen. Die Afghanen haben kürzlich versucht, den Tunnel der Eisenbahn von Sind Peshawar mittels Dynamit zu zerstören.

#### Abgeordnetenhaus.

45. Sitzung vom 4. März.  
Das Haus setzt die zweite Staatsberathung mit dem Stat der Berg-, Hütt- und Salinen-Verwaltung fort und zwar beim Einnahmetitel der Hütt.

Abg. Dr. Arendt (freicons.) weist als Hauptursache der Minder-Einnahme aus den Hüttten die Entwertung des Silbers nach, die nicht eine Folge der Produktionsverhältnisse, sondern lediglich eine Folge der Gesetzgebung ist.

Abg. v. Eynern (nat.-lib.): Die Berechnungen des Vorredners über die Schädigung des Nationalwohlstandes sind ganz willkürliche und beweisen nichts. Zu bedauern ist nur, daß die Regierung im Jahre 1879 sich nicht entschließen konnte, den Thaler vorrath zu verkaufen. Die künstliche Preisfestlegung zwischen Gold und Silber ist auf die Dauer heutzutage gar nicht durchführbar. Die Goldwährung hat sich bei uns ganz gut bewährt, geschäftliche Krisen darf man nicht auf Rechnung der Währungsfrage sehen.

Minister v. Berlepsch: Eine von mir erlassene Anordnung über den Umfang und die Art der Goldgewinnung, die durch das Auffinden von Gold in unseren afrikanischen Besitzungen bedingt war, Untersuchungen anzustellen und ein Gutachten der Bergakademie zu erwirken, ist irrtümlicher Weise so ge deutselt worden, als habe die Regierung ihren bisherigen Standpunkt zur Währungsfrage geändert. Das ist nicht richtig. Der Zweck dieser Anordnung ist nur, über die Goldgewinnung nicht nach Hypothesen, sondern nach festen, wissenschaftlich erprobten Grundsätzen urtheilen zu können.

Abg. Dr. Arendt (freicons.) bleibt bei seinen bimetallistischen Ansichten. Die Menge des vorhandenen Silbers ist gar nicht so groß, auch die Silberproduktion wird gewöhnlich übertrieben dargestellt. Die Verhandlung im englischen Unterhause ist ein Erfolg der Silberwährungsanhänger, deren Zahl sich dabei größer erwies, als je zuvor.

Abg. Dr. Mener-Berlin (frei.): Kann einen Grund für die heutige Debatte nicht einsehen; wir können doch keinen Beschlüsse fassen darüber, was das englische Parlament thun soll. Das Wertverhältnis zwischen Gold und Silber ist seit den ältesten Zeiten schwankend gewesen und der Rückgang des Silberwertes ist seit dem Anfang des vorigen Jahrhunderths ein steigender gewesen. Sehr zutreffend sage Gladstone, daß ein leichter Schlag genügt, um ein Pferd ins Wasser zu treiben, aber 20 Männer sind nicht im Stande, das Pferd zum Sausen zu zwingen. So ist's auch mit den Münzkonferenzen. Zusammengekommen sind die Herren, Beisätze haben sie auch gefaßt, aber nicht ausgeführt.

Abg. v. Eynern (nat.-lib.): warnt namentlich die Landwirtschaft vor der Doppelwährung. Die unmittelbare Folge einer Remontierung des Silbers würde eine Ablösung zahlreicher ländlicher Hypotheken sein.

Abg. Dr. Friedberg (nat.-lib.): kann dem Standpunkt seines Fraktionsgenossen Eynern nicht ganz zustimmen. Gerade vom Freihandelstandpunkt aus sollte man den Doppelwährungsbestrebungen entgegenkommen. (Hört, hört!) Es ist doch bedauerlich, daß die Reichsregierung den Wünschen nach Remontierung des Silbers so apathisch gegenübersteht.

Abg. v. Eynern (nat.-lib.): führt aus, daß gerade die Schwankungen in dem Verhältnis zwischen Gold und Silber zur Annahme der Goldwährung geführt haben. In Börsenkreisen gerade wird Dr. Arendt mit Jubel empfangen; denn diese wünschen, daß ein schwankendes Verhältnis zwischen Gold und Silber zur Grundlage der Währung gemacht wird.

Abg. Dr. Friedberg (nat.-lib.): Ich gehe nicht so weit, wie Herr v. Eynern. Ich stimme mit ihm darin überein, daß Niemand dem Reichstag einen Vorwurf daraus machen kann, daß er zur Goldwährung übergegangen ist. Die Goldwährung hat mannsfache Schäden auf wirtschaftlichem Gebiete verursacht, die Valutadifferenzen werden stets die Handelspolitik durchkreuzen. Die Schwierigkeit in der Beurtheilung der Währungsfrage liegt hauptsächlich in dem mangelhaften Material. Deshalb würde sich der Handelsminister ein Verdienst erwerben, wenn er das Material beschaffte. (Beifall.)

Abg. Schulz-Lupiz (freicons.): spricht seine Befriedigung über die Steigerung des Consums von Raimitzen aus, der von 3 auf 36 Millionen Doppelcentner gestiegen sei. Der von der preußischen und anhaltinischen Regierung geschlossene Raimitring habe sehr wohlthätig gewirkt.

Minister Fehr. v. Berlepsch: Das Raimit erkenne ich als ein wichtiges Mittel für die Hebung der Landwirtschaft an. Ich habe deshalb den Versuch gemacht, durch Staffelpreise den östlichen Provinzen den Bezug zu verbilligen. d. h. so, daß der entfernter wohnende Consument das Raimit billiger beziehen sollte, als der näher wohnende. Der Versuch ist daran gescheitert, daß die in der Nähe wohnenden Landwirthe sich weigerten, höhere Preise zu zahlen. Zu der Frage, ob die Bergfreiheit für Raimitale befeitigt werden und daraus ein Monopol gemacht werden kann, habe ich noch nicht feste Stellung genommen.

Abg. Fehr. v. Berlepsch: Das Raimit erkenne ich als ein wichtiges Mittel für die Hebung der Landwirtschaft an. Ich habe deshalb den Versuch gemacht, durch Staffelpreise den östlichen Provinzen den Bezug zu verbilligen. d. h. so, daß der entfernter wohnende Consument das Raimit billiger beziehen sollte, als der näher wohnende. Der Versuch ist daran gescheitert, daß die in der Nähe wohnenden Landwirthe sich weigerten, höhere Preise zu zahlen. Zu der Frage, ob die Bergfreiheit für Raimitale befeitigt werden und daraus ein Monopol gemacht werden kann, habe ich noch nicht feste Stellung genommen.

Abg. Fehr. v. Minnigerode (cons.): Die Neueinstellung einer größeren Summe in den Staat zu Gunsten der Bergbegerechte fordert unsere Aufmerksamkeit heraus, in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht. Ich glaube, daß wir in den Gewerbeberichten eine für die Autorität der Regierung sehr gefährliche Institution geschaffen haben. Seit dem Fortgang des großen Ranzlers ist ein gewisser Humanitätsfanatismus eingetreten. Man sprach immer nur von den Arbeitern. Daß es daneben auch Arbeitgeber gab, davon sprach man nicht. Wir werden diese ganzen Forderungen in Einnahme und Ausgabe ablehnen, wenn wir auch überzeugt sind, damit gegen den Strom zu schwimmen.

Abg. Hildebrand (Centr.). Aus den Worten des Vorredners weht die Sehnsucht nach den Verhältnissen unter dem ehemaligen Reichskanzler. Wir können den Bergarbeiter nicht versagen, was den anderen Arbeitern gewährt wird. Wenn man die Arbeiterorganisationen bekämpft, dann muß man die Gewerbeberichte stärken, damit sie die Aufgaben des Reichsjustizvereins übernehmen. Ich halte die Gewerbeberichte für eine Institution zur Unterstützung der Autorität.

Abg. Dr. Ritter (freicons.): Ich halte die Einführung der Berg- und Gemeinde-Gewerbeberichte nicht für zweckmäßig. Die Zeit, in der wir leben, ist nicht dazu angehalten, Experimente zu machen, von denen man nicht weiß, wie sie wirken werden.

Minister Fehr. v. Berlepsch: Wenn die Regierung

auf den Appell des Abg. Ritter einginge, würde sie die Errichtung von Gewerbeberichten ad calendas Graecas verzögern. Ich bin der Ansicht, daß sich die Ausführungen des Vorredners und des Abgeordneten v. Minnigerode gegen das Gesetz selbst richten (lebhafte Zustimmung im Centrum), und daß meines Erachtens besser Platz gefunden hätten, als das Gesetz zur Beratung stand. Heute hat die Regierung die Pflicht, ein Reichsgesetz zur Ausführung zu bringen. Man kann doch nicht von einem Ausnahmegesetz sprechen, wenn man für einen bestimmten Beruf Arbeitnehmer und Arbeitgeber ein bestimmtes Gericht zusammenfaßt. Lehnen Sie unsere Forderungen ab, dann werden wir Gewerbeberichte einberufen, die viel unweichmäßiger wären, als die von uns geplanten. (Sehr richtig!) Denn es liegt auf der Hand, daß die Rechtsprechung eine sachlichere ist, wenn der Bergmann über die Forderungen des Bergmanns richtet. Wenn Sie unsere Forderungen ablehnen, dann verlieren wir zunächst an der sachlichen Rechtsprechung, sobald die Möglichkeit, Bergbeamte zu Vorsitzenden zu wählen. (Lebhafte Beifall links und im Centrum.)

Danach verläßt sich das Haus auf Montag 11 Uhr. (Fest des Bergfests, Etat der Anstellungscommission, Staatsgesetz.)

#### Deutschland.

■ Berlin, 5. März. In der am 12. März in Dresden stattfindenden conservativen Versammlung (denn wir bereits Erwähnung thaten) wird außer dem Grafen Mirbach auch der Reichstagsabgeordnete v. Mantuussel sprechen. Unter den sonstigen Parlamentariern, die ihr Erscheinen zugesagt haben, werden genannt: v. Colmar, v. Massow, v. Gustsd., Graf Douglas, v. Jagow, v. Schulenburg, v. Winterfeldt, Frhr. v. Hammerstein u. v. Plötz, der Vorsitzende des Bauernbundes. Die Versammlung findet im Saale des Tivoli statt: nomen — omen!

Hörgeraten hielt Abg. Böschel in Dresden einen Vortrag, über welchen die „Dresd. Nach.“ einen begeisterteren Bericht bringt. Der antisemitische Führer verstand es vorzüglich, dem sächsischen Particularismus zu schmeicheln, indem er die sächsische Regierung auf Kosten der Reichsregierung in allen Tonarten pries. Der sächsische Landesfürst erkenne die Notlage des Mittelstandes an und wolle ihm abhelfen, nicht so die Berliner Regierung. In Sachsen hätten deutscheschrechliche Grundsätze Geltung, während die Reichsregierung das Land mit römisch-jüdischen Gebräuchen beglückt. Caprivi Geheimräthe seien vom Geiste Laskers erfüllt. Diese Proben dürften genügen.

■ Berlin, 6. März. In den weiteren Verhandlungen der Commission für die lex Heinze haben die Abg. Gröber und Spahn, die gegenüber den Moralisten der Commission eine mäßigende Haltung beobachtet, eine Reihe von Änderungsanträgen eingebracht, die auf indirectem Wege Garantien dafür schaffen sollen, daß die Bestimmungen über den Strafvollzug bei Roheitsverbrechen ausschließlich auf diese Anwendung finden. Bei der ersten Lesung ist ein Antrag des nationalliberalen Abg. Dr. Endemann, die An-

wendung von Strafverschärfungen (Vattenarrest und trockenes Brod) auf politische Vergehen auszuschließen, an der Erwürdigung gescheitert, daß das Strafgesetzbuch eine Unterscheidung zwischen politischen und anderen Vergehen nicht kennt. Die neuen Anträge Gröber-Spahn, die sich als Zusätze zu § 26 des Straf-Gesetz-Buchs (Allgemeine Bestimmungen über die Strafe) geben, gehen freilich erheblich weiter. Sie regeln die Beschäftigung der Strafgefangenen, die Dauer der unlässigen Arbeitszeit, die Bekleidung, Gesorge, den Unterricht der jugendlichen oder der erforderlichen Schulkenntnisse entbehrenden Straflinge und unterscheiden dabei zwischen denjenigen, die im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind und den übrigen. Ueber den Inhalt dieser Vorschläge wird man ja discutiren können, aber der Einwand, daß dieselben in das Gebiet des Strafvollzugs eingreifen, ist um so weniger stichhaltig, als der selbe Einwand ja auch gegen die Strafverschärfungen erhoben werden kann und vielfach auch von denselben erhoben wird, die an sich einer vorsichtig geregelten Strafverschärfung nicht widersetzen würden.

\* [Der Großherzog Ferdinand IV. von Toscanal], der gegenwärtig in Berlin weilt, ist der am 10. Juni 1835 geborene Sohn des am 29. Januar 1870 verstorbenen Großherzogs Leopold II. und folgte diesem gemäß dessen Abdicationsurkunde, d. d. Vöslau, 21. Juli 1859. Großherzog Ferdinand IV. ist seit dem 11. Januar 1868 in zweiter Ehe vermählt mit Alice, geb. Prinzessin von Bourbon-Parmä, geb. 27. Dezember 1849, welcher Ehe 10 Kinder, und zwar 5 Söhne und 5 Töchter, entstammen, von denen die älteste mit dem Prinzen Friedrich August von Sachsen vermählt ist. Die erste Gemahlin des Großherzogs, geb. Prinzessin Anna von Sachsen, starb am 10. Februar 1859, ohne Kinder zu hinterlassen. — Das ehemalige Großherzogthum Toscanal wurde im Jahre 1860 dem Königreich Italien einverlebt. Als der Großherzog Leopold II. in Folge der politischen Verwicklungen am 21. Juni 1859 zu Gunsten seines Sohnes, des Erbgroßherzogs Ferdinand IV., abdankte, versuchte dieser, als nunmehriger Großherzog, das toskanische Volk zu verführen, was jedoch mißlang. Am 16. August 1859 wurde die Absetzung der habsburgisch-lothringischen Dynastie, 4 Tage später, am 20. August, die Annexion an Sardinien einstimmig beschlossen. Durch Decret Victor Emanuels vom 22. März 1860 wurde Toscanal mit dem Königreich Sardinien vereinigt, wogegen Großherzog Ferdinand IV. (zu Dresden, 26. März) vergeblich protestierte. Um das provinzielle Selbstbewußtsein zu schützen, blieb zunächst ein Generalgouverneur, sowie der Prinz Eugen von Savoy-Carignan als königlicher Statthalter und Oberbefehlshaber in Florenz, doch traten beide bald darauf von ihren Posten zurück und die Einverleibung Toscanas wurde Anfang des Jahres 1871 vollständig durchgeführt.

\* [Fürst Bismarck und die Abrüstungsfrage.] Über Verhandlungen, die von Gambetta und Crispi einst befußt Abrüstung bei dem Fürsten Bismarck angeregt worden seien, wird der „Voss. Ztg.“ aus Paris gemeldet: „Das hiesige Journal veröffentlicht eine Unterredung, die ein Berichterstatter mit Crispi hatte. Der italienische Staatsmann erzählte, Gambetta habe ihm 1877 bei einer Anwesenheit in Paris gefragt: „Sie reisen von hier nach Berlin; regen Sie doch bei Bismarck den Abrüstungsgebanken an.“ Crispi habe dies gethan, allein Bismarck habe ihn beim ersten Wort unterbrochen. „Die Abrüstung“, sagte er, „hat zur ersten Voraussetzung die Gleichheit der Wehrgesetze; sonst ist die Abrüstung in einem Lande etwas ganz anderes wie im anderen. Da die Wehrgesetze nicht gleich sind, kann auch die Abrüstung nicht nützlich die Riede sein.“ Diese Antwort habe Crispi dann Gambetta überbracht.

\* [Mandatsniederlegung.] Dem Vernehmen nach wird Abg. Dr. Ebert mit Rücksicht auf seine erschütterte Gesundheit auch seine parlamentarischen Mandate niederlegen. Er vertritt beharrlich im Reichstage Waldenburg, im Landtag (zusammen mit dem Abg. Halberstadt) Hirschberg-Schönau. Die freisinnige Partei sieht mit grohem Bedauern den verdienten Mann aus der politischen Thätigkeit scheiden.

\* [Die Fremdenlegion.] Da vernünftigerweise die Zahl derjenigen jungen Elsaß-Lothringen, welche sich der Ableistung der Militärfürst im deutschen Heere entziehen, von Jahr zu Jahr abnimmt, so suchen französische Zeitungen nach dem Grunde dieser Erscheinung und glauben ihn darin zu finden, daß diese jungen Leute immer in die Fremdenlegion gestellt werden. Sie möchten, daß die jungen Leute in französische Linienregimenter aufgenommen werden. Hierzu bemerkte die „Strassburger Correspondenz“, daß die Aufnahme von Elsaß-Lothringen in französische Linienregimenter völkerrechtlich und nach der französischen Gesetzgebung unmöglich ist, da zum Dienst im französischen Heere nur Franzosen zugelassen werden dürfen. Nur in der Fremdenlegion, welche eine angeworbene Colonialtruppe ist, finden Desertureure und junge Leute, welche sich dem deutschen Militärdienst entziehen wollen, Unterkunft.

\* [Die Preisvertheilung auf der Weltausstellung in Chicago.] Nach den von den Chicago-Nachrichten veröffentlichten Bestimmungen über die Preisvertheilung auf der Columbianischen Weltausstellung sind die Regierungen der ausstellenden Staaten aufgefordert gewesen, bis zum 1. März d. J. Fachleute für das Schiedsgerichtscollegium vorzuschlagen, aus denen das Executivcomité für die Weltausstellung nummehr seine Auswahl treffen wird. Als Preise werden nur eine Art von Medaillen vertheilt werden, welche aus Bronze gearbeitet und künstlerisch ausgeführt sein werden. Denselben werden Pergamentdiplome beigegeben werden, in welchen die spezifischen Vorzüge des prämierten Gegenstandes dargelegt sein werden. Das Schiedsgericht für die Preisvertheilung wird in 13 Comités getheilt sein, wovon je eines jeder der drei Hauptabtheilungen der Ausstellung zugetheilt werden soll. In jedem Comité, welches berechtigt ist, Preise für weibliche Arbeiten zu vertheilen, sollen auch weibliche Mitglieder als Richter fungieren. Jeder Aussteller ist berechtigt, den von ihm ausgestellten Gegenstand von einer Prüfung befußt Preisvertheilung auszuschließen, indem er ein diesbezügliches Gefuch an das Executiv-Comité für Preisvertheilung richtet. Andererseits steht dem lehrling das Recht zu, jeden Ausstellungsgegenstand durch seine ordnungsmäßig ernannten Richter prüfen zu lassen.

\* [Zur Unfallverhütung.] Das Reichs-Versicherungsamt hat an die gewerblichen Berufsgenossenschaften ein Rundschreiben gerichtet, welches sich mit der Überwachung der Betriebe bezüglich der Unfallverhütung beschäftigt. Das Reichs-Versicherungsamt weist darauf hin, daß in neuerer Zeit die Thätigkeit der Berufsgenossenschaften auf die Unfallverhütung für nicht ausreichend erklärt worden ist. Das Amt erachtet diese Vorwürfe zwar im allgemeinen als nicht gerechtfertigt, erachtet jedoch der Unfallverhütungsfähigkeit fortgesetzte Aufmerksamkeit zu widmen. Junächst wünscht es für viele Berufsgenossenschaften einen weiteren Ausbau der Beauftragten. Sodann regt es an, ob nicht besonders geeignete Mitglieder der Berufsgenossenschaften selbst zu veranlassen sein möchten, sich in den Dienst der Genossenschaft zu stellen und der Beobachtung der Unfallverhütungsvorschriften ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Diese letztere Maßregel empfiehlt es namentlich den Baugewerbe-Berufsgenossenschaften, weil einerseits in denselben die Aufsicht über die Betriebe durch deren Ver splitterung in viele Arbeitsstätten besonders erschwert ist und andererseits gerade die Mitglieder der Baugewerbe-Berufsgenossenschaften auf ein öfters Zusammenvorkommen an einer Betriebsstätte angewiesen sind.

</div



Nach jahrelangem schweren Leben verstarb heute Abend 7½ Uhr unser Erden im 12. Lebensjahr. Um alle Theilnahme bitten 6266

Danzig, 4. März 1893.

Alexis Stengert und Frau,

Maria, geb. Müller.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 9. d. M. Vorm. 10 Uhr, von der Kapelle der St. Johannis-Kirche (halber Allee) statt.

Heute 12 Uhr Mittags starb nach schwerem Leiden in Folge von Blinddarmentzündung meine innig geliebte Frau

Karl Heinrich, Hundegasse 119.

**Marie, geb. Dawert,** im 26. Lebensjahr. Sie folgte ihrem vor 10 Tagen vorangegangenen Töchterchen.

Gerlachsdorf, 5. März 1893.

Im Namen aller Hinterbliebenen der tief betrübte Gatte

Hans Lemke.

Die Beerdigung des Malers

**Josef Lukowski** findet Mittwoch den 8., 10 Uhr Vormittags, vom Trauerhaus nach dem St. Brigitten-Kirchhof (Halber Allee) statt.

**Pfandlei-Auction.**

Dienstag, den 7. März, Vormittags 9 Uhr, Milchkanngasse Nr. 15 bei Herrn A. Grünthal; Pfandnummern von Nr. 14 100 bis 19 000.

Der vereidigte Auctionator und Gerichts-Taxator

W. Ewald. (5199)

höhere

**Privat-Schabenschule**

(mit Pensionat.)

In meiner von der Königlichen Regierung zu Danzig concessirten Privatschule (gegründet 1873) werden Anaben bis zur Quarta des Gymnasiums sowie der Realschule vorbereitet. — Das Schulgeld beträgt pro Monat 9 Mark, der Pensionspreis in meinem Pensionat pro Jahr 432 Mark. — Anmeldungen, welche Schule und Pension zugleich betreifen, werden frühzeitig erbeten. — Die Schule beginnt das neue Semester am 11. April.

W. Euler, Schulvorsteher, Danzig, heil. Geitgasse 86.

**Loose:**

Weseler Geld-Lott. a 3,50 M. Danz., Silber-Lotterie a 1 M., Ruhmeshalle-Görlitz a 1 M., Marienburger Schlossbau a 3 M., St. Marienkirche zu Treptow a. R. a 1 M., zu haben in der Exped. der Danziger Zeitung.

**Ich verreise.**

Die Herren Dr. Kischef-Diakonissen-Krankenhaus und Dr. Thun-Paradiesgasse 5 werden die Güte haben mich zu vertragen. (6242)

Dr. Schulz,

Schmidt.

**Legons de français-Conversation, Correspondance, Grammaire.** S'adresser à J. de Fontelive, Holzmarkt 10, 12 b. 2 Uhr.

Delicate

**Roll-Gänsebrüste** M. 1,50 a. K., räumungshalber in bekannt feinster Qualität.

**Edel-Maronen** (Gastanien)

tadelfrei, räumungshalber

30 g a. K.

**Teltower Rübchen** 30 g a. K.

**Räucherlachs, Neunaugen, Anschovis**

Glas 50 g.

**russ. Gardinen,** Glas 50 g empfehlt (6278)

**F. E. Gossing,** Jopen- und Vorleihsgaggen-Ecke Nr. 14.

**Münchener Haderbräu,** in hervorragender Qualität,

**English Porter** von Barclay Perkins & Co.

Pale Ale

von Boß & Co. in London, Graetzer Bier, gut ausgesondert.

**Malz - Doppelbier,** „Bergbier“ Königswarz, Wickerbierbräu, in vorzülicher Qualität, empfehl. (6124)

**N. Pawlikowski,** Hundegasse Nr. 120.

**All Arten Handschuhe** in grösster Auswahl zu billigen Preisen

R. Klein,

Gr. Krämergasse No. 9,

Handschuh-Wäscherei

und Färberei

Bestellung nach Maass-

Felix Gopp,

Kunststreichler, Graveur und

Holzschnitzer,

nur Brodtkönigsgasse 49, direct gegenüber der Gr. Krämergasse.

Großes Lager nur reeller Waaren

zu solidesten Preisen.

**Geld zu borgen von M. 100 bis 15 000,- wirklich**

Besorgung in 3 Tagen. Zu

schreiben an Beron, 74 avenue de St. Ouen, Paris. (5984)

## Westenb. Hypotheken- und Wechselbank.

Die Bank belehrt städtische Grundstücke an Plätzen von mindestens 6000 Einwohnern a 4½% incl. Amortisation unkündbar. Salutaa bar und ebenso rückzahlbar. Anträge nimmt entgegen der General-Agent für Westpreußen

Wilh. Wehl, Danzig.

## Gothaer Lebensversicherungsbank.

Der unterzeichnete Beamte dieser ältesten und größten deutschen Lebensversicherungsbank empfiehlt sich zur Vermittelung von Versicherungen, sowie von hypothek. Beteiligungen ländlicher Grundstücke und erbietet sich zu jeder gewünschten Auskunft.

Karl Heinrich, Hundegasse 119.

## Th. Eisenhauer's Musikalienhandlung. (Johs. Kindler)

Langgasse 65, vis-à-vis dem Kaiserlichen Postamt.

Abonnements für Heilige und Auswärtige zu den günstigsten Bedingungen. Täglich Eingang von Novitäten. Ansichtsendungen bereitwillig.

## S. Deutschland,

Langgasse Nr. 82

empfiehlt zur Frühjahrs-Saison sein

## Hut- und Mützen-Lager

in den neuesten Formen, zu billigsten Preisen.

## Herrm. Berndts,

Privatbaumeister in Danzig,

übernimmt die Herstellung von

feuersicheren Scheidewänden, Decken, Gewölben, Ventilationschloten, Heiz- u. Räucherkammern, Ummantelung von Eisen-constructionen u. s. w. nach Rabitz Patent. Danzig, im März 1893. (6298)

Mittwoch, den 8. März cr.

beginnt bei mir ein

## Ausverkauf

zurückgesetzter Waaren.

Ed. Loewens,

56, Langgasse 56.

## Das Gelsz'sche präparierte Gerstenmehl

wird in Danzig seit über 50 Jahren bei Blutarmen, Nerven- und Magenleidenden, Brustkranken, Reconvalescenten, magern, sowie schwachen Personen, zur Wiederherstellung körperlicher und geistiger Frische, mit ausschallendem Erfolge angewandt.

Das Rezept nebst Gerät ist z. zur Bereitung des präparierten Gerstenmehls des H. Gelsz. habe ich von den Erben häuslich erworben, und ist von nun ab allein jetzt bei mir das Pfund für 60 g, bei Abnahme von 6 Pfund 3 M. zu haben. (2323)

Löwen-Drogerie G. Kunze, Paradiesgasse Nr. 5.

präpariertes Gerstenmehl.

Gelsz'sches Gerstenmehl.

präpariertes Gerstenmehl

# Beilage zu Nr. 20011 der Danziger Zeitung.

Montag, 6. März 1893.

## Reichstag.

58. Sitzung vom 4. März, 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Bötticher, v. Stephan.  
Die Berathung des Postelats wird fortgesetzt beim Titel „Staatssekretär 24 000 Mk.“

Abg. v. d. Schulenburg (cons.) wünscht, die Telephonanstalten möchten nicht so sehr vor den Telegraphenanstalten bevorzugt werden; auch möge für die Postagenten etwas besser gesorgt werden. Ferner müssten die Gebühren für den Zeitungsvertrieb anderweit geregelt werden, nicht nach dem Zeitungspreise, zumal gerade die Zeitungen am billigsten seien, die am meisten wählten.

Staatssekretär v. Stephan erwidert, wenn bei Benutzung der privaten Telephoneinrichtungen Missbräuche vorkämen, so würde er für Anzeigen an die Oberpostdirektion dankbar sein. Einer vermehrten Fürsorge für die Postagenten steht er sympathisch gegenüber, doch würde das aber zu erheblichen Mehrausgaben führen. Was das Postporto für Zeitungen anlange, so habe das jetzige System — ein Procent vom Preise — ja gewisse Mängel. Und wenn im Interesse der Gerechtigkeit ein anderes System gewählt werde, so würde dagegen ja sogar das Bedenken zurücktreten müssen, daß vielleicht die jetzt billigen Zeitungen zum Leidwesen des Publikums ihre Preise erhöhen müßten. (Abg. Vollrath: Sehr richtig!) Aber Abhilfe zu schaffen sei nicht so leicht. Wolle man die Vergütung nach dem mechanischen Prinzip der Leistung bemessen, so müsse man bei letzterer zwei Theile unterscheiden: einmal die allgemeine Leistung, d. h. die Abonnements-Vermittlung, und zweitens den Transport. Dort könnte man nach wie vor die Vergütung nach dem Abonnementpreise bemessen, hier nach der Zahl der beförderten Nummern. Daraus müsse eine Rejultante gezogen werden. Das werde erwogen. Auch müßten Bayern und Württemberg mit in Betracht gezogen werden. Es solle das demnächst in einer Conferenz geschehen. Eventuell werde noch in diesem Sommer eine entsprechende Vorlage an den Bundesrat gebracht werden. Denfalls habe er die Sache nicht aus dem Auge verloren.

Abg. v. Neudell (Reichsp.) tritt der gestrigen Ausführung des Abg. Wurm gegenüber, daß durch die Postverwaltung den Postassistenten, bzw. den Angehörigen des Assistenten-Verbandes ihre staatsbürglichen Rechte genommen würden. Die Postverwaltung sei zu ihrem Vorgehen behuts Aufrechterhaltung der Disciplin durchaus berechtigt. Wenn die Briefträger, die doch eine noch größere Masse bildeten, auch einmal einen solchen Verband gründen und wohl gar einmal streiken wollten, dann würde sich erst so recht zeigen, welche hohe Interesse die Allgemeinheit an der Aufrechterhaltung der Disciplin habe. Derartige Bestrebungen, wie die des Assistenten-Verbandes, seien hierauf prinzipiell zu vermerken. Redner preist so dann die Verdienste des Staatssekretärs, auf den wir stolz sein könnten.

Abg. Baumbach (freis.): Die Erhöhung der Gewichtsgrenze bei den einfachen Briefen, wie sie der College Schmidt-Ebersfeld wieder befürwortet hat, habe ich schon früher gefordert. Aus dem Publikum ist mir die Anregung geworden, ob man nicht wenigstens das Strafporto loswerden könnte; ob es nicht genüge, sich mit der Nachzahlung des fehlenden Portos abzufinden. Die gefragte starke Kanonade, die wir vom Bundesrathstische hören müssten, hat mich nicht sehr erschreckt; sie schien mir mehr einen Rückzug zu maskieren. Nach meiner Überzeugung wird der Postassistentenverband in der Zukunft nicht mehr mit Gewaltmaßregeln belegt werden, wie es bisher bedauerlicherweise geschah. Entweder ist der Assistentenverband disciplinarisch unzulässig, dann soll man ihn auch mit aller Entschiedenbekämpfung, nach dem Disciplinaregesetz einschreiten. Der Erlaß des Herrn Directors Fischer gegen den Bandtag des Assistentenverbandes und gegen die Benutzung des Erholungslaubes zur Belebung an dieser Versammlung erscheint mir als ein kleinkleines Mittel und ich bedauere, daß gerade Herr Fischer der Vater des Erlasses ist. Liegt eine Verleugnung der gesetzlichen Vorschriften aber nicht vor, dann sind diese kleinen Mittel erst recht nicht am Platze. Ungeheuerliches ist aber nirgends und von niemandem, auch nicht von Herrn v. Neudell, nachgewiesen worden. Die aufgestellte Theorie, daß der Beamte durch seine Beamtenstellung eine Minderung seiner staatsbürglichen Rechte erfährt, ist höchst bedenklich und gefährlich. Bei der Aufstellung dieses Saches stehen ja

die Interessen aller Beamten, nicht bloß der Mitglieder des Postassistenten-Verbandes auf dem Spiel. Durch den Eintritt in den Staats- oder Reichsdienst verzichtet der Beamte auf sein staatsbürgliches Recht. Er erhält neben den staatsbürglichen Rechten auch noch die besonderen Beamtenrechte und -Pflichten und hat darauf zu achten, daß die leichten durch die ersten nicht verletzt werden. Alle Preuen haben das Recht, sich zu erlaubten Zwecken zu vereinigen. Dieses Recht hat auch der Beamte. Die Postverwaltung ist gar nicht berechtigt, gegen einen solchen Verein oder Verband einzuschreiten, wie Herr v. Neudell glaubt, wenn nicht eine Verleugnung des Reichsbeamteingesetzes vorliegt. Die Zwecke des Verbandes stehen weder dem Gesetze noch der Disciplin entgegen. Gegen die aufgestellte Theorie muß ich also aus dem entschiedenen Verwahrung einlegen. Wenn es mißfällig aufgenommen ist, daß der Verband sich in Berlin versammelt hat, daß es dabei etwas „potatorisch“ zugegangen sein soll, so ist das doch einmal gute alte deutsche Sitte, und dann haben doch auch die Versammlungen der nothleidenden Landwirthe in den letzten Tagen nach glaubwürdigen Nachrichten nicht den Eintritt einer Abordnung von Mäßigkeitsvereinen gemacht. (Heiterkeit.) Der Staat sieht in der Kategorie der Praktikanten keine Vermehrung vor, dagegen eine Vermehrung der Assistentenstellen um etwa 1000; das spricht doch auch dafür, daß man die Nothwendigkeit der Vermehrung der festen Stellen einsieht. Andererseits sind aber auch verhältnismäßig hohe Summen für die Vermehrung der Hilfskräfte und sonstige nicht angestellte Personen ausgesetzt, wie auch die in früheren Etsats für diese Kräfte ausgeworfenen Summen ganz bedenklich überschritten worden sind, während bei etatmäßigen Stellen sich Minderausgaben finden! Das Bedenkliche ist vielfach, daß die Vermehrung ganz junge Leute in verantwortliche Stellen bringt und ihnen dabei nicht ein Gehalt, sondern einen Dienstesatz von 2 Mk. oder noch weniger gibts, mit welchem absolut nicht auszukommen ist. Diesem System ver danken wir die vielen Verurtheilungen entgleister Postbeamter, denen die Geschworenen in der Regel die verdiente Umstände bewilligen. Endlich möchte ich die Dienstaltersstufen noch befürworten, für die ich immer gern eingetreten bin. Herr v. Stephan ist bisher kein Freund dieses Systems gewesen; nach seiner Meinung müßte darunter die Disciplin leiden. Die Verlegung einer Anciennetätstafel hat er uns stets verweigert. Die Einführung der Altersstufen ist durchaus nothwendig. Was bei der Reichseisenbahnverwaltung möglich ist, muß auch bei den Postbeamten möglich sein. Man braucht nur die untersten Stufen nicht zu lang zu bemessen und könnte andererseits das Anfangsgehalt gewisser Kategorien, wie der Landbriefträger, überhaupt etwas erhöhen. Jedemfalls bitte ich das Haus, die Resolution wegen der Dienstaltersstufen möglichst einstimmig anzunehmen. Die Aufrechterhaltung der Disciplin und eine gewisse Stromheit und Straffheit gebe ich als nothwendig zu. Ebenso nothwendig ist aber Berufsfreudigkeit und diese sehr gute Behandlung und leidlich gute Bezahlung voraus. Wenn auch Herr v. Stephan keinen Werth auf Popularität legt, wir legen Werth darauf, daß das Institut populär sei. Herr v. Neudell wünscht, die Postbeamten sollten sich überhaupt keiner Partei anschließen. Ich habe Kenntniß davon, daß sie diesem Wunsch nicht entsprechen, daß sie sich in großer Zahl namentlich der Sozialdemokratie anschließen. Es ist dies ein Symptom dafür, daß in den Kreisen der Postbeamten die Zufriedenheit nicht vorhanden ist, die dort vorhanden sein sollte. Indem wir dafür eintreten, treten wir ein für die Interessen der Gesamtheit. (Beifall links.)

Abg. Vollrath (freis.): Herr v. Stephan ist 40 Jahre lang im Postdienst thätig. Eine solche Rede, wie sie ihm heute Herr v. Neudell gehalten hat, würde aber beim fünfzigjährigen Amtsjubiläum weniger schädlich wirken, als jetzt. Das, worauf er so wenig Werth legt, die Popularität nämlich, hat ihn gerade veranlaßt, in den letzten Jahren auf seinen Vorberrethen auszurücken. (Heiterkeit.) Die Ausführungen des Herrn v. Neudell waren eine Bestätigung meiner Aussaftung, daß Sammlungen unter den Beamten, wie ich sie erwähnt habe, immer etwas von Irwng an sich haben. Die Postverwaltung klagt, daß die Assistenten sich seitwärts gestellt haben. Nein, sie sind seitwärts gestellt worden, und das ist ja die Genes des Verbandes. Wir haben vor zwei Jahren gehört, daß die Postsekretäre die Postassistenten aus ihren geselligen Kreisen ausgegeschlossen haben, was ich einigermaßen erklärlich finde, da ein

Theil der leichten Beamten sich aus den unteren Beamten rekrutiert. Anstatt nun aber die Kluft zu überbrücken, hat man diese Beamten seitwärts gestellt, und deshalb haben sie sich zusammengeschaut. Ich begrüße mit Freuden die Auferstehung des Staatssekretärs, daß der Postsekretär geändert werden soll. Nur möchte ich mich gegen das Eine verwahren, als wenn die Neuregelung dieser Verhältnisse etwas mit dem Inhalt der Zeitungen zu thun hätte. Die Post hat keine Censur zu üben. Wenn Herr v. Stephan die Steigerung des Verkehrs anführt, so ist das ja nicht sein Verdienst. 1867 hat er geäußert, daß die Postleitungsgebühren geändert werden müßten. Die Frage ist oft genug angeregt worden. Aber erst jetzt kommt die Postverwaltung dazu, die Sache in Angriff zu nehmen. Da der Staatssekretär selbst zugegeben hat, daß die Reform eine Erhöhung der Einnahmen zur Folge haben werde, so begreift ich diese Verzögerung erst recht nicht. Der jetzige Zustand ist irrational.

In der Beantwortung der gestrigen Rede des Staatssekretärs will ich es vermeiden, ihm auf das Persönliche zu folgen. Der Staatssekretär meinte, meine Ausführungen wimmelten von Irrthümern. Nur in sehr wenigen Punkten könnte ich mich möglicherweise geirrt haben. Ich habe nicht behauptet, daß das Kriegsministerium eine Verfügung über die Richtqualifikation der Assistenten zu Reserve-Offizieren erlassen hat, sondern ich habe nur eine Anfrage gestellt. In Bezug auf die Anstellungsvorstellungen der Assistenten habe ich mich nicht geirrt, denn sie müssen wirklich 14 Jahre warten, ehe sie eine etatmäßige Anstellung bekommen, wenn man nämlich die 5 Jahre jurecnet, während welche sie zwar nicht mehr diätarisch, aber auf vierjährliche Rendition ange stellt sind. Der Staatssekretär meinte, er würde mir gern Auskunft über postalische Verhältnisse geben. Ich möchte mich aber doch nicht an ihn wenden, weil die Auskünfte der Postverwaltung nicht immer zutreffend sind. In einem Punkte, gebe ich allerdings zu, habe ich mich geirrt. Die Unterbeamten haben nämlich, so weit sie aus dem Civilstande hervorgegangen sind, nicht, wie ich sagte, 20 Jahre, sondern 30 Jahre zu warten, bis sie eine etatmäßige Anstellung erlangen. Auch meine Ausführungen über die Wohlfahrseinrichtungen für die Postbeamten sind richtig. Aus einem kaiserlichen Erlass geht hervor, daß 1879 aus Anlaß der goldenen Hochzeit des Kaisers Wilhelm I. die Postbeamten für die Kaiser-Wilhelm-Stiftung in erheblichem Grade, bis zu 55 000 Mk. „freiwilliger“ Beiträge, in Anspruch genommen sind. Daß die „Verkehrszettel“ ein amtliches Blatt ist, habe ich nicht behauptet, ich habe es gerügt, daß amtlich für ein im Privatverlag erscheinendes Blatt agitiert wird. Dagegen hat der Staatssekretär sich manche Irrthümer zu Schulden kommen lassen. Er sprach von 25 000 Mk. Verwaltungskosten, die der Postassistentenverband habe. Eine solche Summe kommt in der ganzen Rechnungsaufstellung überhaupt nicht vor. Es liegt wohl eine Verwechslung vor mit der Summe von 29 000 Mk. unter „Vermittelten Ausgaben“. Unter dieser Ausgabe ist aber das Aleidergeschäft gemeint. Das sind doch aber keine Verwaltungskosten. Endlich ist geagt worden, daß der Verein an Unterblitz leide, und man hat das aus einem Auftrag zur Zahlung gewisser Beiträge geschlossen. Bei einem so großen Umsatz, wie ihn der Verband hat, ist diese Vorsicht zur rechtzeitigen Deckung aller Ausgaben doch sehr lobenswerth. Von einer Unterblitz ist vorläufig nicht die Rede. Der Verein hat vielmehr ein Vermögen von 38 000 Mk. Auch die Mitgliedszahl soll abgenommen haben. Ganz das Gegenteil ist der Fall. Die Mitgliedszahl ist von Monat zu Monat gewachsen und beträgt heute bereits 4500. (Beifall links.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antis.): Ich gebe dem Staatssekretär gern zu, daß er in postalischen Dingen große Sachkenntniß hat, aber alles weist er auch nicht. Ich betrachte ihn allerdings nicht als Giraffe, auf der der Abg. Vollrath einen Löwenritt vollführen will. (Heiterkeit.) Aber es sind gegen den Assistentenverein Übergriffe vorgekommen, die wir rügen müssen. Es gehen uns ja allerdings auch unglaubliche Briefe zu. So ist es natürlich erfunden, wenn behauptet wird, daß die Lirkens der Privatdiener des Herrn v. Stephan aus den Ersparnissen eines Materialienverwalters herrühren, oder daß die Hühner, welche auf dem Hofe des Wohngebäudes des Staatssekretärs herumlaufen, mit fiscalischen Hafer gefüttert würden. (Große Heiterkeit.) Ich stehe mit dem Abg. Baumbach auf dem Standpunkt, daß nur bei ungesehlichem Verhalten rigoros gegen den Verband vor-

gegangen werden darf. In manchen Fällen ist sogar das Telegraphen- und Briefgeheimnis verletzt worden. In Duisburg soll der Telegraphendirektor Neumann den Telegraphenboten Gräf unter Drohungen genötigt haben, den Absender eines Begrüßungstelegramms an den Berliner Verbandsvorstand zu nennen. Es war dies der Assistent Neufel, dem dann der Director erklärte: So, jetzt sind Sie fertig, ich werde für Ihre Entlastung sorgen. In Straßburg soll der Postbeamte Müller veranlaßt worden sein, die Namen der Abonnenten des Verbandsorgans zu erforschen, und er ist diesem Anhänger nachgekommen, indem er sogar die Mappen der Briefboten durchsuchte. Der Staatssekretär las gestern einen Brief eines jungen Beamten vor, der ihm „die Hände gefallen“ ist. Das ist doch peinlich, kommt das öfter vor, daß der Verwaltung solche Briefe in die Hände fallen? Die Annahme liegt nahe, daß das mit der Düsseldorfer Angelegenheit zusammenhängt. Es ist mir ein Schreiben zugegangen, das nicht von einem Postbeamten herrißt, in dem es heißt, daß einem Beamten, der um Urlaub gebeten habe, weil sein Kind im Sterben lag, dieser Urlaub verweigert worden sei mit den Worten: Thun Sie nur Dienst, Sie können dem Kinde doch nicht helfen. Ich übergebe dem Staatssekretär diesen Brief. Ich habe noch zwei Fragen, wann Rassel endlich einmal ein neues Postgebäude bekommen wird, und warum man ferner nicht den Briefträgern im Sommer eine Leinwanduniform gibt?

Reichspostamts-Director Fischer: Ich bin nicht in der Lage, auf das reiche Material des Vorredners einzugehen, wir werden den stenographischen Bericht abwarten und in der dritten Lesung des Etsats darüber reden. Die Errichtung eines Postgebäudes in Hassel findet ihre Schwierigkeit in dem Zwiespalt der Hasseler Bürgerchaft, von der ein Theil das Gebäude in der Neustadt, der andere in der Altstadt haben will.

Abg. Stöcker (cons.): Die Postverwaltung ist mit der Behandlung des Assistentenverbandes auf einen falschen Strang gerathen. Autorität und Disciplin muß sein, aber zwischen Autorität und absoluter Freiheit liegen die Verbände, die bei richtiger Behandlung wohl geeignet sind, zugleich die Disciplin und das Freiheitsbewußtsein des Einzelnen zu stärken. Es ist begehrlich, daß die Postassistenten sich zusammenfinden, die leider eine höhere Stellung nicht einnehmen können. Die Postverwaltung geht von dem falschen Grundsache aus, für die Stellung eines Postsekretärs die Ablegung des Abiturientenexams zu verlangen. Man sollte fragen: Hast du die Kenntnisse, und nicht: Woher hast du die Kenntnisse? Man sollte Reichskanzler und Minister werden können ohne ein Abiturientenexam, aber nicht Postsekretär? (Heiterkeit.) Ich freue mich über den Verband. Ich habe nur noch den Wunsch auszusprechen, daß nach Einführung der Sonntagsruhe des Postverkehrs auch am Sonntag Nachmittag geschlossen werde.

Staatssekretär v. Stephan: Es sind Berichte eingefordert worden, ob anstatt Nachmittag von 5—7 Uhr die Zeit von 12—2 Uhr zum Postverkehr benutzt werden könnte. Die Berichte sind noch nicht alle eingegangen. Die bis jetzt eingegangenen sprechen sich sehr verschieden aus, sehr viele aber erklären sich gegen die Verlegung, weil der Sonntag Nachmittag die einzige Zeit ist, an dem gewisse Kategorien der Bevölkerung, wie Dienstboten, den Verkehr mit der Post benutzen können. Die Beobachtung an den Schaltern hat das ergeben.

Überrascht hat mich die Stellung des Vorredners zur Frage des Postassistentenverbandes. Es herrscht in den Kreisen der Assistenten ein Geist des Ungehorsams, und es sind freche, die Disciplin verleidende Auskünfte gefallen. Dieser Geist wird durch den Verband genährt. Sie fragen mich, wie ich in den Besitz des Privatbriefes eines Beamten gekommen bin. Das werde ich Ihnen sagen, wenn Sie mir mittheilen, wie Sie in den Besitz vertraulicher amtlicher Circulare gelangt sind.

Abg. Samhammer (freis.): Das Porto für Pakete nach Amerika ist außerordentlich hoch. Es kostet ein Paket von 10 Kilogramm 4,50 Mk. nach New York. In dieser Stadt hat sich eine Gesellschaft gebildet, die die Beförderung desselben Pakets für 40 Pf. von New York nach Hamburg übernimmt. Wäre es nicht möglich, eine billigere Paketbeförderung herzustellen? Der Paketverkehr in Deutschland ist der beste der ganzen Welt. Warum haben wir nun nach Amerika einen Verkehr, der mit so großen Spesen verbunden ist? Bei den jüngsten

diese feierliche, aller Romik entblößte Tragödie mag aber wohl nicht den erwarteten Bühnen-effect gehabt haben, da das Publikum durch die Moralitäten zu sehr an die Späße des „Vice“, des Unheilanstifters, gewöhnt war. Und so griff er zu dem Mittel der Romik. In dieser Beziehung war er auf dem richtigen Wege; denn kein großer Dichter nach ihm schrieb solche ernsten, feierlichen Stücke wie den Gorboduc, alle suchten jene Mischung komischer Elemente mit ernsten darzustellen, welche durch Shakespeare zur vollsten Entwicklung kommen sollte und die der englischen Nationalbühne eigen geworden ist. Eigenthümlich ist unseres Stücke — und hierin geht Richard Edwards in England voran — der glückliche Schluf bei einer sonst tragischen Handlung, so daß der Dichter selbst sich bewogen fühlt, uns der Verlegenheit, sein Drama zu klassifizieren, zu entheben, indem er es im Prolog eine tragische Romik (a tragic comedy) nennt. Wir sehen darin mit Leichtigkeit einen Anfang zu dem späteren freieren Schauspiel, das freilich erst durch Shakespeare zur vollsten Entwicklung kommen sollte und die der englischen Nationalbühne eigen geworden ist. Eigenthümlich ist unseres Stücke — und hierin geht Richard Edwards in England voran — der glückliche Schluf bei einer sonst tragischen Handlung, so daß der Dichter selbst sich bewogen fühlt, uns der Verlegenheit, sein Drama zu klassifizieren, zu entheben, indem er es im Prolog eine tragische Romik (a tragic comedy) nennt. Wir sehen darin mit Leichtigkeit einen Anfang zu dem späteren freieren Schauspiel, das freilich erst durch Shakespeare (in seinem Merchant of Venice und den Königsdrämen) zur glänzenden Entwicklung kommen sollte. Von den Charakteren des Stückes ist für den Literaturfreund interessant der des Charisophus, der lebhaft an dem Titus Andronicus, der Moche Aaron und im Othello der Unteroffizier Jago dieses Geschäft besorgen, während Othello selbst nur durch seine Leichtgläubigkeit mitwirkt. Wir sehen also, daß Richard Edwards' Einfluss auf Shakespeares Kunst nicht zu verkennen ist. Seine jüngeren Zeitgenossen scheinen ihn sehr hochgehalten zu haben; einer von ihnen, Thomas Twine, nennt ihn die „Blüte des Königreiches und den Phönix unseres Zeitalters“; ein anderer, George Puttenham, nennt ihn unter den geachteten englischen Dichtern seiner Zeit. Es ist zu bedauern, daß seine anderen Stücke, denn nach Twine sind es mehrere gewesen, sich nicht erhalten haben; nur eines, „Palamon and Arcite“ wird dem Namen nach erwähnt. Wahrscheinlich hat die Fluth der Dramen seines großen Nachfolgers mit ihrem ganz anderen Ruhme sie hinweggefegt aus dem Gedächtnis der Nachwelt.

## Die Anfänge des englischen Nationaldramas.

In der letzten Sitzung des Vereins für neuere Sprachen zu Danzig am 20. Februar cr. in der Victoria-Schule hielt Herr Oberlehrer Dr. Paul Reimann einen Vortrag über „Die Anfänge des englischen Nationaldramas“, dessen Hauptinhalt wir, wie folgt, wiedergeben.

Es ist für den Literaturfreund eine interessante Thatssache, daß der Stoff, den unser Schiller so meisterhaft in seiner „Bürgschaft“ behandelt hat, schon mehr als zwei Jahrhunderte vor ihm in England über die Bühne ging. Aus dem Jahre 1565 ist uns ein Schauspiel erhalten, das den Titel „Damon and Pithias“ trägt und von Richard Edwards verfaßt worden ist. Sehr wenige werden ihrer selbst in England sein, die diesen Dichter, der Shakespeare den Weg bereite, auch nur dem Namen nach kennen. Und doch sollte er nicht so ganz vergessen werden, da er mit richtigem Blicke eine gewisse Älterung in das Chaos der verschiedenen Elemente, die in den englischen Stücken in der Mitte des 16. Jahrhunderts zu keiner friedlichen Einigung hatten kommen können, gebracht hat. Die biblischen Stoffe der alten Mysterien wollten noch immer nicht weichen; die Allegorie der spätmittelalterlichen Moralitäten behauptete ebenfalls noch immer ihren Platz auf der Bühne; aber der neue Hauch der Renaissance wehte mächtig durch die Lande. Es kamen die Nachbildungen der antiken Tragödien mit ihren geschichtlichen oder mythischen Stoffen; kurz, die heterogensten Elemente befriedeten sich um die Mitte des Jahrhunderts Shakespeares auf das lebhafteste. Einzelne Dichter, wie der Bischof Bale, gehörten diesem Zwiespalt aus dem Wege, indem sie bald der einen, bald der anderen Richtung huldigen und sowohl noch nach Mysterienart dichten, wie das Stück: „God's Promises“ von Bale als auch geschichtliche Dramen verfassen, wie seinen „King John“. Andere beschränkten sich ganz auf die feierliche Art der antiken Tragödien mit dem Thore: der „Gorboduc“ oder die Tragödie von „Ferrex and Porrex“ von Norton und Sackville ist ein Beispiel dafür. Aber endlich versuchten es in den sechziger Jahren auch einige Dichter, geschichtlichen Stoff des Alterthums mit der Allegorie der Moralität des Mittelalters in ihren Stücken zu vereinigen. The tragedy of Cambyses aus dem Jahre

